



Partizipation & nachhaltige Entwicklung in Europa

ENERGIE UND ENERGIEWENDE



Die Versorgung mit Energie, und zwar jederzeit und in ausreichendem Maße, ist ein zentraler Bestandteil unseres Lebensstils in den industrialisierten Ländern. Mit dem steigenden Umweltbewusstsein der letzten Jahrzehnte rückten die Produktion und der Transport von Energie zunehmend in den Fokus der Diskussionen. Ganz besonders unter den Stichworten Ressourcenverknappung und Klimaschutz wird zunehmend diskutiert, wie die Orientierung von fossilen hin zu erneuerbaren Energieträgern geschafft werden kann. Die Zeit drängt, denn Klimaforscher warnen, dass die weitere Erwärmung der Erde zwei Grad nicht überschreiten darf. Daher muss der Treibhausgasausstoß drastisch reduziert werden. Bis 2050 soll die EU 80 bis 95 Prozent des derzeitigen CO₂-Ausstoßes abbauen. Das bedeutet, dass der Großteil der Energieversorgung für Strom, Wärme, industrielle Prozesse und Mobilität mit erneuerbaren Energien erfolgen soll.

Österreich hat sich zum Ziel gesetzt, bei der Energieversorgung bis zum Jahr 2050 zu 100 Prozent auf erneuerbare Energieträger umzusteigen, das heißt, energieautark zu sein. Energieautarkie soll dabei nicht nur als Herausforderung, sondern vor allem auch als Chance begriffen werden, indem über den Klimaschutz hinaus auch positive Impulse in der technologischen Entwicklung und zur Sicherung der globalen Wettbewerbsfähigkeit geschaffen werden (Stichwort: green jobs). Das Ziel der Energieautarkie erfordert klare und eindeutige politische Entscheidungen auf allen Ebenen, wirtschaftspolitische Instrumente, Regelungen und Vorschriften, Infrastrukturinvestitionen, verstärkte Energieforschungsanstrengungen - vor allem aber braucht es die Unterstützung der Bevölkerung.

Denn wie bei anderen Infrastrukturprojekten auch, handelt es sich dabei meist um große, (makro-)ökonomisch bedeutsame, langfristige Investitionen, die direkt und indirekt eine Vielzahl von Menschen berühren. Viele fordern ein Mitspracherecht, wollen sich bei Planungen und dem Bau von Energieversorgungsanlagen einbringen, ihre Ängste und Sorgen wahrgenommen wissen, aber auch Ideen für eine ökologischere Gestaltung der Energieversorgung teilen.

Dieses Engagement ist nicht neu, man denke nur an die Proteste Mitte der 1980er Jahre gegen den geplanten Bau des Wasserkraftwerks in Hainburg (A) oder das Engagement von BürgerInnen, die ab Mitte der 1990er Jahre, ihr Ersparnis in die ersten Windräder in ihrer Gemeinde steckten.

Der Wunsch, im Rahmen eines Beteiligungsprozesses Mitsprachemöglichkeiten zu haben, entstand und entsteht meist bei konkreten Vorhaben, dem Bau einer Hochspannungsstrasse, eines Windparks oder eines Wasserkraftwerks. Doch zunehmend rückt in den letzten Jahren auch die Beteiligung der Öffentlichkeit bei strategischen Anliegen, also beispielsweise bei der Entwicklung von Energieleitbildern oder Energiestrategien in den Blickpunkt. Und ein weiterer Aspekt kommt hinzu: zusätzlich zum sozialen Prozess der Beteiligung wird seit den 1990er Jahren vermehrt eine weitere Form der BürgerInnenbeteiligung realisiert: die finanzielle Beteiligung von BürgerInnen an Energieprojekten, meist bezogen auf erneuerbare Energieträger wie Wind- oder Sonnenenergie. Gründe für diese Entwicklung sind die Mobilisierung von Kapital für erneuerbare Energien, die Entwicklung dezentraler Strukturen im Energiesystem, eine gesteigerte regionale Wertschöpfung und die Hoffnung auf eine höhere Akzeptanz seitens der Betroffenen. Denn obwohl zunehmend mehr BürgerInnen für einen Umstieg von fossilen Energieträgern auf erneuerbare sind, stehen sie der Biomasseanlage nebenan oder dem Windrad im Nachbarort sehr kritisch gegenüber - den Erneuerbaren bläst, wie anderen Energieprojekten auch, ein durchaus scharfer Wind des Widerstands gegenüber.

Downloads

>> Dieses Thema als pdf-Datei downloaden (727 KB)

>> **Energierregionen der Zukunft - Erfolgreich vernetzen & entwickeln**, Neges, B. & Schauer, K., Graz 2007

>> **Den Mitbürger bei der Energiewende beteiligen - die Zivilgesellschaft stärken**, Olaf Bandt, 2012, eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Die Energie kann als Ursache für alle Veränderungen in der Welt angesehen werden.

Werner Heisenberg

Links

>> **Projekt „Aktivität und Teilhabe - Akzeptanz Erneuerbarer Energien durch Beteiligung steigern“**

>> **klima:aktiv - Initiative des Lebensministeriums für aktiven Klimaschutz**

>> **Klima- und Energiefonds**



"Veränderungen, die de facto auf einen weitreichenden Wandel in der Gesellschaft hinauslaufen, können nur in einem breiten Dialog unter möglichst breiter Einbeziehung der Bevölkerung realisiert werden. Das bedingt eine ehrliche Partizipationshaltung und braucht Zeit. Aber nur in dieser nötigen Langsamkeit werden wir schnell genug sein."

DI Dr. Adolf Gross, Amt der Vorarlberger Landesregierung, Leiter Fachbereich Energie, Klimaschutz und klimaschutzrelevante Ressourcen

Wie mit Widerständen umgegangen werden kann, welche Wege gefunden werden, um Betroffene und Interessierte frühzeitig einzubinden, sie nicht nur bei konkreten Projekten sondern auch auf strategischer Ebene einzubeziehen und die Energiewende kooperativ zu gestalten, das zeigen die folgenden Seiten.

Auf den folgenden Seiten finden Sie mehr Information über Beteiligung im Themenbereich Energie:

- **Energiestrategien und Energieleitbilder**
- **Energieprojekte - Beispiel: Wasserkraft**
- **BürgerInnen als EnergieerzeugerInnen und NetzbetreiberInnen**
- **Finanzielle BürgerInnenbeteiligungsmodelle**
- **Kooperative Energiewende**

Buchtipp

Energiewende. Das Handbuch:
Anleitung für zukunftsfähige
Lebensweisen, Rob Hopkins,
2008, Zweitausendeins

Praxisbeispiele auf partizipation.at

>> **Energievision Murau**
>> **Energieleitbild
Zwischenwasser**
>> **Mediation Heizkraftwerk
Gars am Kamp**



lebensministerium.at

partizipation.at ist eine Initiative des Lebensministeriums, betreut durch die ÖGUT.





Partizipation & nachhaltige Entwicklung in Europa

ENERGIESTRATEGIEN UND ENERGIELEITBILDER



Wie bei anderen Infrastrukturprojekten auch, ist die Öffentlichkeitsbeteiligung bei konkreten Projekten (z.B. Windparks, Kraftwerken oder auch Trassenplanungen von Leitungen) für viele BürgerInnen aufgrund der meist unmittelbaren Betroffenheit oft naheliegender. Beteiligung bei der Entwicklung von Strategien, Leitbildern oder Visionen wird häufig als schwieriger wahrgenommen - für Beteiligende und Beteiligte.

Das liegt daran, dass zwar an sich eine große Zahl an Menschen von der Entwicklung beispielsweise einer Energiestrategie für ein Bundesland betroffen ist, dass aber viele das Gefühl haben, ihre eigene, aktuelle Lebensrealität wird davon nicht berührt. Die Themen einer solchen Strategie werden oft als wenig konkret, weit in die Zukunft gerichtet und dementsprechend als nicht so relevant für den persönlichen Alltag eingeschätzt. Zudem handelt es sich oft um sehr komplexe Fragestellungen mit Implikationen, die weit in andere Themenfelder hineinreichen. Man denke z.B. an eine Strategie zur Realisierung der Energiewende. Sie berührt die Themen Energieproduktion, Energieeffizienz, aber auch makroökonomische und Verteilungsfragen, Aspekte des Lebensstils, der Mobilität und vieles mehr. So umfassende Betrachtungen erfordern von allen Beteiligten Ressourcen, um sich einzudenken und einzuarbeiten. Es stellt sich auch die Frage, wie so eine große Zahl an potenziell interessierten und Betroffenen sinnvoll informiert und involviert werden kann.

Für die Beteiligung auf strategischer Ebene bedeutet dies also, dass Beteiligungsangebote so gesetzt werden müssen, dass Menschen den Eindruck gewinnen, dass es sinnvoll ist, sich einzubringen - auch wenn sie nicht kurzfristig und unmittelbar betroffen sind. Dazu müssen Beteiligungsformen und -settings gefunden werden, die den Komplexitätsgrad so reduzieren, dass die Themen und Fragestellungen bearbeitbar sind. Und es müssen Mittel und Wege gefunden werden, die meist sehr umfangreichen, oft verstreut vorliegenden Informationen zugänglich und transparent zu gestalten. Ganz zentral ist - wie bei anderen Prozessen auch - die Frage der Einladung zur Beteiligung an der Visions- oder Strategiearbeit. Wer lädt ein, wer wird eingeladen, mit welchen Mitteln wird diese Einladung kommuniziert und - vor allem - wie werden Ziel und Möglichkeiten der Beteiligung sowie Verbindlichkeit der Ergebnisse dargestellt. Daran entscheidet sich ob es gelingt, Menschen auch für diese Ebene der Partizipation zu interessieren. Im Folgenden werden 4 Beispiele für die Beteiligung bei strategischen Planungen auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene vorgestellt. Sie haben diese Herausforderungen unterschiedlich gelöst.

Energiestrategie 2050 (CH)

Am 25. Mai 2011 beschloss der Schweizer Bundesrat den schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie und die Erarbeitung einer Energiestrategie mit dem Zeithorizont 2050.

Um die Strategie zu entwickeln wurden Workshops mit wichtigen Stakeholdern (z.B. VertreterInnen von Umweltorganisationen, der Industrie, der Kantone, der Wissenschaft etc.) durchgeführt. Im September 2012 wurde ein erstes Maßnahmenpaket vorgestellt.

Von Oktober 2012 bis Jänner 2013 findet die Vernehmlassung statt, ein Verfahren, bei dem alle Kantone, politischen Parteien und interessierten Kreise, d.h. auch jede Schweizer Bürgerin und jeder Schweizer Bürger, zur Energiestrategie 2050 schriftlich Stellung nehmen kann. Dazu steht über das

Links

- >> Bundesamt für Energie (Schweiz)
- >> Energiezukunft Vorarlberg
- >> Land Vorarlberg, Abteilung Energie
- >> Regionales Energiekonzept Oderland-Spree
- >> Erstellung Regionales Energiekonzept Oderland-Spree
- >> Realisierung der Online-Beteiligung
- >> Gemeinde Zwischenwasser

Downloads

- >> Energiezukunft Vorarlberg - 101 enkeltaugliche Maßnahmen
- >> Energiezukunft Vorarlberg - Ergebnisse aus dem Visionsprozess
- >> Energieleitbild Zwischenwasser



"Weil praktische jede Entscheidung in der Gemeinde direkt oder indirekt mit Energie zu tun hat, ist ein Energieleitbild wie das tägliche Brevier."

Josef Mathis, Bürgermeister
Gemeinde Zwischenwasser

Internet eine Vielzahl an Informationen zur Verfügung: Berichte, Faktenblätter, Dossiers etc., die auch Kosten, Zuständigkeiten und Zeithorizonte der Maßnahmen klar benennen. Auf die Verständlichkeit der Texte wird viel Wert gelegt. Über Medienmitteilungen in allen Medien werden die SchweizerInnen über das Vernehmlassungsverfahren und die Möglichkeit zur Stellungnahme informiert.

Alle einlangenden Stellungnahmen werden vom Bundesamt für Energie, der zuständigen Verwaltungsbehörde, gesammelt und in einen Bericht integriert. Auf dieser Grundlage passt der Bundesrat das Maßnahmenpaket an und unterbreitet dem Parlament einen Vorschlag. Das Parlament wird die Vorlage im Detail diskutieren und - wenn sich eine Mehrheit findet - verabschieden. Da es sich beim Maßnahmenpaket zur Energiestrategie 2050 um eine Vorlage auf Gesetzesstufe handelt, kann nach der parlamentarischen Beratung das fakultative Referendum ergriffen werden: Wenn innerhalb von 100 Tagen 50.000 Unterschriften gesammelt werden, gilt das Referendum als zustande gekommen und die BürgerInnen werden in einer Volksabstimmung über die definitive Annahme oder Ablehnung entscheiden. Erste Maßnahmen könnten anschließend 2015 in Kraft treten.

(Quelle: Bundesamt für Energie)

Energiezukunft Vorarlberg: Gemeinsam zur Energieautonomie - Schritt für Schritt (A)

(Autor: Adolf Groß, Amt der Vorarlberger Landesregierung, Leiter Fachbereich Energie, Klimaschutz und klimaschutzrelevante Ressourcen)

Am Beginn der „Energiezukunft Vorarlberg“ stand ein knapp zweijähriger Visionsprozess zu dem rund 100 Menschen persönlich eingeladen wurden. Aufgabe war es, darüber nachzudenken, welche Veränderungen möglich sind, wenn bereits vorhandenes Wissen umgesetzt wird. In dieser Phase wurden bewusst Hindernisse außer Acht gelassen. Die Arbeit erfolgte in 10 Werkstätten in insgesamt über 70 Workshops. Im Laufe des Prozesses gab es immer wieder gemeinsame Konferenzen, in die auch regelmäßig der Landtag mit einbezogen war. Diese Ergebnisse haben gezeigt, dass Vorarlberg energieautonom werden kann, was in Folge zu einem einstimmigen Beschluss des Landtags zur Energieautonomie geführt hat.

In der nächsten Prozessphase wurden in Arbeitsgruppen konkrete Maßnahmen und Ziele bis 2020 ausgearbeitet, die sehr ambitioniert sind und ebenso einstimmig beschlossen wurden. Begleitend dazu wurden BürgerInnenräte durchgeführt. Diese zeigten ein hohes Problembewusstsein und eine beeindruckende Kompetenz für Lösungsansätze.

Die Programmleitung war für das Prozessdesign und -management verantwortlich, Inhalte wurden von ihr nicht verändert. Es wurden nur Inhalte weitergegeben, die in den Gruppen entstanden und gemeinsam verabschiedet wurden. Es gab zu keiner Zeit die Möglichkeit schriftlicher Stellungnahmen. Ideen und Haltungen mussten im Dialog „erstritten“ werden.

Insgesamt hat dies zu einer hohen Akzeptanz der Ergebnisse geführt. Und es sollte damit die Einsicht befördert werden, dass es nicht um eine Strategie der Landesverwaltung, sondern um die Zukunft des Landes und die gemeinsame Erreichung gemeinsamer Ziele geht.

Umfangreiche Partizipationsmodelle sind nun auch für die begonnene Umsetzungsphase in Ausarbeitung. Eine eigens designte Kommunikationskampagne zur Verhaltensveränderung begleitet den Prozess.

Energie bei uns - Regionales Energiekonzept Oderland-Spree (D)

(Autor: Thomas Krämer, ontopica)

Mit „Energie bei uns“ wurde erstmalig ein konkretes Online-Partizipationsverfahren zur Energiewende in Deutschland durchgeführt, bei dem BürgerInnen methodisch in den Planungsprozess eingebunden wurden. Neben dem Bereitstellen von Informationen rund um das Thema Energie, sollte vor allem eines ermöglicht werden: ein Dialog aller AkteurInnen in der Region. Die bislang sehr emotional geführte Debatte erhielt durch die Online-Plattform die Chance, versachlicht zu werden - und diese wurde genutzt.

In dem zweistufigen Verfahren konnten zunächst Vorschläge gemacht und kommentiert werden. Anschließend erfolgte eine Auswertung, in der aus den Vorschlägen und Kommentaren Maßnahmen zur Umsetzung der Energiewende in der Region generiert wurden. Besonders wichtig war hier die Transparenz: es wurde nachvollziehbar dargestellt, welche Vorschläge und Kommentare in die jeweiligen Maßnahmen eingeflossen sind.

Parallel dazu wurden vorhandene Daten und Informationen, wie zum Beispiel zum Thema Energieerzeugung, Energieverbrauch oder Potenziale einzelner erneuerbarer Energieträger in der Planungsregion bereitgestellt, damit die TeilnehmerInnen der Online-Partizipation sich informieren und ihre Beiträge abwägen können.

Zusätzlich wurden vor Ort AkteurInnen aus der Planungsregion befragt und Workshops für die Erstellung eines energiepolitischen Leitbildes durchgeführt. In Verbindung mit dem Online-Dialog ist es nun möglich, einen Maßnahmenkatalog für die Gestaltung der Energiewende zu erstellen, der Ideen, Wünsche und Vorbehalte der Menschen vor Ort berücksichtigt.

Diese Form der Partizipation ist ein erster Schritt auf dem Weg, BürgerInnen frühzeitig in den Konzeptionsprozess einzubinden und dadurch Akzeptanz und eine zügige Umsetzung konkreter Maßnahmen zu fördern.



lebensministerium.at

partizipation.at ist eine Initiative des Lebensministeriums, betreut durch die ÖGUT.





Partizipation & nachhaltige Entwicklung in Europa

ENERGIEPROJEKTE - BEISPIEL: WASSERKRAFT

In vielen Ländern findet derzeit ein starker Ausbau der erneuerbaren Energien statt. Das betrifft die Bereiche Wasserkraft und Bioenergie sowie in den letzten Jahren besonders stark Wind- und Sonnenenergie. In Österreich liegt der Anteil der erneuerbaren Energieträger an der Stromerzeugung etwa bei einem Drittel, den größten Anteil dabei hat die Wasserkraft. Als Beispiel für konkrete Energieprojekte werden im Folgenden zwei Wasserkraftwerksprojekte und ihr Umgang mit dem Thema Beteiligung dargestellt.

Konkrete Projekte wie eben Kraftwerksbauten berühren die Menschen in den betroffenen Gemeinden, oft auch in der Region ganz unmittelbar. Die Kraftwerksbauten selbst, die nötigen Infrastrukturen (z.B. Zufahrtswege), die Veränderungen des Gewässerhaushalts und der Fauna, aber auch die Schaffung von Arbeitsplätzen oder der Einfluss auf den Tourismus - Vieles hängt damit zusammen und Vieles bewegt die Betroffenen. Deshalb werden zusätzlich zu den in den Formalverfahren (z.B. Umweltverträglichkeitsprüfung) vorgeschriebenen Beteiligungsmöglichkeiten nun immer mehr informale Beteiligungsprozesse durchgeführt.

Die beiden beschriebenen Beispiele zeigen, welche Prozesselemente (unter anderem Social Media) gewählt wurden um unterschiedliche Gruppen anzusprechen, welche Möglichkeiten es gibt, um Ängste und Befürchtungen aber auch Ideen der Bevölkerung in die Planung zu integrieren und welche Schritte gesetzt wurden, um auch eine künftige Einbindung der Bevölkerung in das Projekt zu gewährleisten.

Regionales Kraftwerk Mittlerer Inn (A)

Die Einbindung und laufende Information der Gemeinden, von Interessierten und vor allem der Bevölkerung ist das Ziel der Innsbrucker Kommunalbetriebe AG im Planungsprozess zum Regionalkraftwerk Mittlerer Inn. Dazu werden seit Prozessbeginn im Herbst 2011 verschiedene Elemente der Öffentlichkeitsbeteiligung angeboten.

Regelmäßig findet das Regionalforum mit den BürgermeisterInnen bzw. BürgermeisterstellvertreterInnen der betroffenen Gemeinden statt, in welchem über den aktuellen Stand des Projektes informiert und die weitere Vorgehensweise diskutiert wird. Im Rahmen des Regionalforums werden Themen für die Diskussion an Runden Tische festgelegt.

Interessierte BürgerInnen der acht betroffenen Gemeinden sind eingeladen, sich an den Runden Tischen zu beteiligen. Hier werden Anregungen aufgenommen, Fragen diskutiert und beantwortet. Ein Runder Tisch wird immer dann ausgerufen, wenn aufgrund von Anfragen, Sorgen oder Anregungen aus der Bevölkerung ein spezifisches Thema als besonders wichtig wahrgenommen wird. Ein Runder Tisch kann zu einem Thema auch mehrmals stattfinden. Ergebnisse werden - soweit möglich - in die Planung eingearbeitet.

Die Planer stehen der BürgerInneninitiative gegen das RMI für jour-fixe-Besprechungen zur Verfügung. Diese werden auf Wunsch einer der beiden Seiten einberufen.

Interessensgruppen und lokale Initiativen werden regelmäßig über den Projektstand informiert und können direkt bei der Projektleitung Befürchtungen und Anliegen einbringen und diese diskutieren.

Der RMI-Ombudsmann steht für alle Fragen und Anliegen zur Verfügung. Er ist Ansprechpartner für alle AnrainerInnen, gibt Informationen weiter, vermittelt bei Problemstellungen und lädt regelmäßig zu Sprechstunden in den Gemeinden ein. Die gewonnenen Informationen und Anliegen werden der Projektleitung weitergegeben.

In regelmäßigen Abständen informiert die AnrainerInnenzeitung „Gemeindeinfo“ die BewohnerInnen der Gemeinden über den aktuellen Planungsstand und aktuelle Themen zum Kraftwerksprojekt. Sie wird als Postwurf an jeden Haushalt verteilt.

Interessierte Schulen im Projektgebiet des Regionalkraftwerkes Mittlerer Inn bekommen im Rahmen des Schulprojektes „energie.bewusst.lernen“ Unterrichtsunterlagen zu den Themen „Energieerzeugung“ und „Ressourcen sparen“ zur Verfügung gestellt. SchülerInnen erhalten so breites Hintergrundwissen über die Notwendigkeit von bewusstem Umgang mit Energie im Wandel der Zeit.

Die Beteiligungskultur ist dem Projektbetreiber besonders wichtig. Deshalb wurden für den Beteiligungsprozess folgende Beteiligungsprinzipien erarbeitet.

- **Transparenz** von Unterlagen für die Diskussion und von kommunizierbaren Ergebnissen für Interessierte
- **Offenheit** in der Diskussion mit den eingeladenen Personen für neue Ideen und Alternativen



"BürgerInnenbeteiligung verlangt Kommunikation auf Augenhöhe, ein aufeinander Zugehen, Erklären und vor allem Zuhören. Sie braucht größtmögliche Transparenz und Verständlichkeit und jedenfalls Mut: Von denjenigen, die Beteiligung zulassen und damit nicht vorhersehbare Ergebnisse generieren und auch von denen die sich beteiligen, indem sie Stellung beziehen und sich in die Diskussion einlassen."

Sabine Volgger und Susanne Delle Karth, SVWP
Kommunikationsmanagement GmbH

Downloads Regionales Kraftwerk Mittlerer Inn

- >> Handout Runder Tisch
- >> Gesprächskultur Runder Tisch
- >> Gemeindeinformation Regionalkraftwerk Mittlerer Inn
- >> Schulmaterial

Downloads Wasserkraftwerk Obere Isel

- >> Flyer zum Virgentaler Weg
- >> Virgentaler Weg - Taschenfolder

Links Wasserkraftwerk Obere Isel

- >> www.virgentalerweg.at
- >> www.zumvirgentalerweg.at
- >> Virgentaler Weg auf Facebook

- **Fairness** in der Form der Diskussion und Kommunikation
- Kontinuierliche **Einbindung** der interessierten Öffentlichkeit auf verschiedenen Ebenen

Für die Runden Tische wurden Regeln der Gesprächskultur formuliert, an die sich alle Beteiligten halten sollten (siehe Download Gesprächskultur Runder Tisch).

Anfang 2013 findet der nächste Runde Tisch statt. Die nächsten Schritte im Öffentlichkeitsbeteiligungsprozess sind gerade in Konzeption.

Wasserkraftwerk Obere Isel (A)

Das Projekt „Wasserkraft Obere Isel“ hat die energiewirtschaftlichen Nutzung der Isel im Osttiroler Virgental zum Ziel. Seit Februar 2011 wird an der Projektentwicklung gearbeitet. Die Umweltverträglichkeitsprüfung startete im Dezember 2012, der Baubeginn ist bei erfolgter Genehmigung für 2014 geplant. Mit dem „Virgentaler Weg“ werden die Einbindung der Bevölkerung und die Beteiligung der Gemeinden am Projekt sichergestellt.

Der BürgerInnenbeteiligungsprozess in Form des „Virgentaler Weges“ stützt sich auf drei wesentliche Grundpfeiler:

- Einbindung der Bevölkerung in die Planungen
- Mitarbeit und finanzielle Beteiligung der Gemeinden am Projekt
- Realisierung von Zukunftsprojekten aus den Kraftwerkserträgen

Um diese Ziele erreichen zu können, kommen verschiedene Instrumente zur Anwendung.

Im Rahmen von Planungsgesprächen werden alle Interessierten laufend über den aktuellen Projektstand informiert. Die Projektleiter geben Auskunft über die derzeitigen Aktivitäten und die Bevölkerung ist dazu eingeladen, kritische Fragen zu stellen bzw. Rückmeldungen zum jeweiligen Planungsstand zu geben. Dadurch wird eine ständige Feedback-Schleife zwischen den PlanerInnen und der Bevölkerung verwirklicht, was die laufende Mitberücksichtigung der Interessen von BürgerInnen ermöglicht.

Iselforen sind Diskussionsplattformen, in denen Interessierte zu verschiedenen Fachthemen diskutieren und dadurch wertvolle Impulse für den Projektfortschritt leisten. Es steht jeweils eine spezifische Fragestellung im Zentrum wie zum Beispiel Tourismus, Ökologie oder Wirtschaftlichkeit. Auf interaktive Weise erarbeiten die TeilnehmerInnen fachliche Lösungsvorschläge und Alternativen für die Zukunft.

Ziel des Iselrates ist es, durch eine kritische Diskussion von spezifischen Themen das Projekt im Interesse der Bevölkerung voranzutreiben. Der Iselrat besteht aus derzeit 16 Mitgliedern, die in regelmäßigen Abständen von ungefähr sechs Wochen konkrete, projektbezogene Herausforderungen gemeindeübergreifend diskutieren. Die Mitglieder gehören entweder der Projektleitung an oder kommen aus der Virgentaler Bevölkerung.

Basierend auf dieser systematischen Einbindung der Bevölkerung in die Projektentwicklung wurde im Juni 2012 eine BürgerInnenbefragung in den beiden Virgentaler Gemeinden Virgen und Prägraten abgehalten. Bei sehr hoher Wahlbeteiligung ergab die Befragung in beiden Gemeinden eine deutliche Mehrheit für die Beteiligung der Gemeinden an der Planung, dem Bau und dem Betrieb eines umweltverträglichen Wasserkraftwerks.

Über eine eigene Website wird die Bevölkerung laufend über aktuelle Entwicklungen informiert. Im Videoblog „Zum Virgentaler Weg“ kommen verschiedene, vom Projekt betroffene Persönlichkeiten zu Wort und legen ihre Sicht zum geplanten Kraftwerk dar. Auf einer eigenen Facebook-Seite besteht zudem die Möglichkeit über aktuelle Themen zu diskutieren.

Die Iselstiftung wurde ins Leben gerufen, um zu garantieren, dass die Virgentaler Bevölkerung von den zukünftigen Erträgen aus dem Kraftwerk profitiert. Mit Mitteln aus der Stiftung sollen Zukunftsprojekte im Virgental finanziert werden, bspw. Sanierungsmaßnahmen für private Haushalte, Energiesparprogramme oder Investitionen in touristische Infrastruktur.

Mit der Einreichung des Projekts zur Umweltverträglichkeitsprüfung erfolgte kürzlich ein weiterer Meilenstein. Die Fortführung des Virgentaler Weges wird auch in Zukunft ein integraler Bestandteil des Projekts „Wasserkraft Obere Isel“ sein.



lebensministerium.at

partizipation.at ist eine Initiative des Lebensministeriums, betreut durch die ÖGUT.





Partizipation & nachhaltige Entwicklung in Europa

BÜRGERINNEN ALS ENERGIEERZEUGERINNEN UND NETZBETREIBERINNEN



(Autorin: Anna Schreuer)

Mit der Ausbreitung erneuerbarer Energien haben BürgerInnen die Möglichkeit, selbst als EnergieerzeugerInnen aktiv zu werden. Auf Haushaltsebene geht das etwa mit einer Photovoltaik-anlage auf dem eigenen Dach. Dort wo sich Gruppen von BürgerInnen zusammenschließen, entstehen allerdings auch größere Gemeinschaftsanlagen.

Ein Rückblick auf die letzten dreißig Jahre zeigt, dass solche Zusammenschlüsse von BürgerInnen auch wesentlich zur Entwicklung und Verbreitung erneuerbarer Energien beigetragen haben. So geht etwa die Entwicklung moderner Windkraftanlagen ganz entscheidend auf Aktivitäten von BürgerInneninitiativen und Selbstbaugruppen in Dänemark ab den 1970er Jahren zurück. Auch in Österreich waren es PionierInnen außerhalb der etablierten Energiewirtschaft, die in den 1990er Jahren den Nachweis erbrachten, dass sich hierzulande Strom aus Windkraft erzeugen lässt. Das nötige Kapital dafür wurde über BürgerInnenbeteiligungsmodelle aufgebracht.

Neue Initiativen für die Errichtung von BürgerInnenbeteiligungsanlagen sind derzeit vor allem im Bereich der Photovoltaik zu finden. Vorbild ist hier Deutschland, wo von 2005 bis 2010 an die 200 Photovoltaikgenossenschaften gegründet wurden (Quelle: Holstenkamp und Ulbrich 2010 Bürgerbeteiligung mittels Fotovoltaikgenossenschaften, Arbeitspapierreihe Wirtschaft & Recht Nr. 8, Leuphana Universität Lüneburg). Um die 100 Personen schließen sich im Durchschnitt für eine solche Photovoltaikgenossenschaft zusammen, in manchen Fällen unterstützt die Gemeinde ein solches Vorhaben mit der Bereitstellung der Dachfläche eines öffentlichen Gebäudes. Attraktiv an der Rechtsform Genossenschaft ist, dass in Deutschland - im Gegensatz zu Österreich - die Genossenschaft von der Prospektpflicht ausgeschlossen ist. Es muss also kein teurer Wertpapierprospekt erstellt werden, um das Vorhaben zu bewerben und Beteiligte zu gewinnen.

Neben diesem pragmatischen Aspekt fühlen sich viele Personen auch vom demokratischen Prinzip („ein Mensch eine Stimme“) angesprochen und schätzen die Genossenschaft als gemeinschaftliche Wirtschaftsform, die nicht allein auf Profitmaximierung ausgerichtet ist. Bemerkenswert ist auch, dass es durchaus unterschiedliche Perspektiven gibt, aus denen die Errichtung solcher Gemeinschaftsanlagen Sinn macht. Für die PionierInnen der Windkraft in Österreich stellten BürgerInnenbeteiligungsanlagen zunächst einmal eine Möglichkeit dar, den Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben, während die etablierten Energieversorgungsunternehmen (EVUs) noch kein Interesse daran zeigten. Dazu kommt, dass Gemeinschaftsanlagen auch zur Dezentralisierung der Stromerzeugung und damit auch zur regionalen Wertschöpfung beitragen. Diese Dezentralisierung kann auch politisch gedeutet werden - als eine Entmachtung der großen Energieversorgungsunternehmen und Demokratisierung der Energiewirtschaft.

Vor allem in Deutschland, wo der Strommarkt von vier großen Konzernen dominiert wird, die noch dazu alle im Bereich der Atomkraft aktiv sind, ist dieser Aspekt für viele Initiativen von Bedeutung. In Österreich dagegen wird die Verbreitung von BürgerInnenbeteiligungsanlagen kaum als Kampfansage an die EVUs betrachtet. Ganz im Gegenteil - in jüngster Zeit haben gerade auch

Links

Beispiele aus dem Bereich der Windkraft:

- >> [Windpark Eberschwang](#)
- >> [W.E.B](#)
- >> [Windkraft Simonsfeld](#)
- >> [Ökoenergie GmbH](#)

Bürgerbeteiligungsmodelle von EVUs (Photovoltaik):

- >> [Wien Energie](#)
- >> [Linz AG](#)
- >> [EVN](#)

Weitere Links

- >> [ARGE Energiegenossenschaften \(Deutschland\)](#)
- >> [Ausbildung ProjektentwicklerIn für Energiegenossenschaften \(D\)](#)
- >> [Solargenossenschaft Rosenheim](#)
- >> [EWS Schönanu](#)

Download

- >> [Energiegenossenschaften als soziale Innovation, RiCC und IFZ, 2012](#)

Weiterführende Literatur

- >> [BürgerInnenkraftwerke in A und D](#)
- >> [BürgerInnenwindparks in D](#) (siehe Fallstudie C)
- >> [Photovoltaikgenossenschaften in D](#)



„Bürgerbeteiligungsanlagen können wesentliche Motoren sozialen und technischen Wandels sein und haben schon seit den 1990ern einen entscheidenden Beitrag zur Verbreitung erneuerbarer Energien geleistet.“

Anna Schreuer, IFZ Graz, Arbeitsbereich „Energie und Klima“

EVUs BürgerInnen-beteiligungsmodelle für sich entdeckt. Indem bei der Errichtung von Windkraft- oder Photovoltaik-anlagen der lokalen Bevölkerung der Erwerb von Anteilen angeboten wird, kann auf einen Imagegewinn sowie auf eine verbesserte Akzeptanz der Anlage bei der Bevölkerung gehofft werden. In Österreich bieten mittlerweile mehrere EVUs die Beteiligung an solchen BürgerInnensolkraftwerken an.

Es lässt sich also beobachten, dass das Konzept der BürgerInnenbeteiligungsanlage im Laufe seiner Verbreitung selbst wieder Änderungen unterworfen ist - kleine Initiativen professionalisieren sich zu mittelständischen Unternehmen und etablierte Akteure der Energiewirtschaft greifen das Konzept auf und passen es an ihre Organisationsstrukturen an. Auf jeden Fall lässt sich die Verbreitung von Bürgerbeteiligungsanlagen als bemerkenswertes Beispiel dafür betrachten, wie sich die Aktivitäten von zunächst kleinen BürgerInneninitiativen durchaus zu Motoren sozialen und technischen Wandels entwickeln können.

Windpark Eberschwang und andere österreichische Beispiele

Ein Beispiel ist etwa der Windpark Eberschwang im oberösterreichischen Innviertel. Nach Exkursionen zu BürgerInnenwindparks in Deutschland und Tschechien entschloss sich eine Gruppe engagierter BürgerInnen im Jahr 1992 dazu, ein solches Projekt in der eigenen Gemeinde zu starten. Das nötige Eigenkapital für den Windpark wurde von knapp 300 Einzelpersonen, größtenteils BürgerInnen der Gemeinde, aufgebracht. Anfang 1996 ging so einer der ersten Windparks in Österreich ans Netz; die zwei Windräder wurden - in Erwartung möglichst vieler „Nachkommen“ - auf die Namen Adam und Eva getauft. Tatsächlich sind in Österreich eine ganze Reihe ähnlicher BürgerInnenbeteiligungsanlagen entstanden - kleine Windparks, die von der lokalen und regionalen Bevölkerung initiiert und finanziert werden. Manche dieser Initiativen sind mittlerweile auch zu mittelständischen Unternehmen angewachsen, die Windkraftwerke an verschiedenen Standorten in Österreich sowie vereinzelt auch im Ausland betreiben. Dazu zählen etwa die W.E.B., die Windkraft Simonsfeld und die ÖkoEnergie GmbH. Nach wie vor basiert dabei die Finanzierung auf BürgerInnenbeteiligung - je nach Modell kann man sich dabei an einem einzelnen Windpark oder am gesamten Unternehmen beteiligen.

Solargenossenschaft Rosenheim

Die Solargenossenschaft Rosenheim wurde schon 2003 gegründet und ist damit eine der ältesten Solargenossenschaften Deutschlands. Schon in den Jahren davor hatte ein Solarförderverein BürgerInnen in Rosenheim für Energiethemen sensibilisiert und damit den Boden für die Genossenschaftsgründung aufbereitet. Den Stein ins Rollen brachte schließlich ein Projekt innerhalb der Lokalen Agenda 21. Ca. 100 Personen haben schließlich Genossenschaftsanteile gezeichnet. Ein Anteil entspricht 500 €, maximal 20 Anteile dürfen pro Person gezeichnet werden. Die Genossenschaft betreibt heute zwei Photovoltaikanlagen, die auf dem Dach einer öffentlichen Schule angebracht sind. Jährlich werden kleine Gewinne an die Genossenschaftsmitglieder ausgeschüttet, das anfangs eingebrachte Eigenkapital wird aber einbehalten, um damit nach der Refinanzierung der aktuellen Anlagen wieder in weitere erneuerbare Energie Projekte zu investieren. Seit ein paar Jahren ist die Genossenschaft auch als Ökostromanbieter tätig - durchaus eine Ausnahmeerscheinung unter der Vielzahl deutscher Photovoltaikgenossenschaften.

Elektrizitätswerke Schöna (EWS)

In der Stadt Schöna im Schwarzwald (D) entstand aus einer BürgerInneninitiative ein Energieversorger, der das Stromnetz der Stadt Schöna betreibt und der seit 1999 Ökostrom bundesweit anbietet.

Nach der Katastrophe von Tschernobyl beschlossen Schönaer BürgerInnen und engagierte MitstreiterInnen, für eine atomstromlose und nachhaltige Energieversorgung einzutreten. Sie hielten Stromsparberatungen ab, veröffentlichten Energiespartipps, schrieben Stromsparwettbewerbe aus und machten mit ungewöhnlichen Aktionen auf ihr Anliegen aufmerksam. In einem zweiten Schritt gründeten Schönaer BürgerInnen eine kleine Firma, um die Produktion von umweltfreundlichem Strom zu fördern. Sie reaktivierten kleine Wasserkraftwerke und unterstützten engagierte BürgerInnen, die in Blockheizkraftwerke und Photovoltaikanlagen investierten. Der örtliche Netzbetreiber behinderte allerdings die Aktivitäten der BürgerInnen. Es folgten intensive Auseinandersetzungen und zwei Bürgerentscheide in Schöna, die jeweils für die sogenannten „Stromrebell“ ausgingen. Schließlich konnten sie das Stromnetz vom bisherigen Betreiber übernehmen. Von Anfang an boten die EWS ihren Kunden energiesparfördernde Tarife und gute Vergütungen für ökologische Stromerzeugung, vor allem aus Sonnenenergie. Die größte solare Gemeinschaftsanlage wurde auf der evangelischen Kirche errichtet.

Mit der Liberalisierung des Strommarktes konnten die EWS ihren Strom bundesweit anbieten und versorgen aktuell mehr als 135.000 Privathaushalte, Gewerbebetriebe und Industrieunternehmen.

(Quelle: Website der EWS)



Partizipation & nachhaltige Entwicklung in Europa

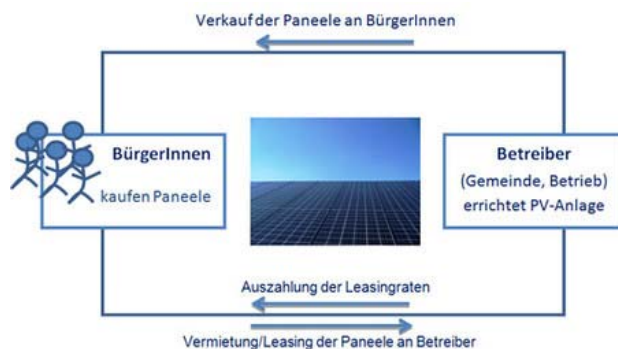
FINANZIELLE BETEILIGUNGSMODELLE

(Autorin: Christa Greinöcker, Energie- und Umweltagentur Niederösterreich)

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Umsetzung von BürgerInnenbeteiligungsmodellen sind komplex und die Möglichkeiten für die Umsetzung im vorliegenden rechtlichen Rahmen vielfältig. Beteiligungsmodelle können auf unterschiedlichen Rechtsformen aufbauen, die sich insbesondere in den Haftungs- und Gewinnbeteiligungsmöglichkeiten der beteiligten Akteure unterscheiden. Das passende Modell erfolgt somit in individueller Auswahl je nach Bedürfnissen des Betreibers bzw. der zukünftigen beteiligten BürgerInnen. Die Energie- und Umweltagentur Niederösterreich hat mit juristischer Begleitung folgende Modelle entwickelt, die in diesem komplexen rechtlichen Rahmen realisierbar sind.

1. „sale-and-lease-back“ (SLB)

SLB ist keine Rechtsform, sondern eine Zusammenführung/Bündelung von vielen Kauf- und Mietverträgen und eignet sich im Speziellen für Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen). Die Gemeinde oder der Betrieb errichtet die PV-Anlage und verkauft einzelne PV-Module an die BürgerInnen. Diese wiederum vermieten ihre Module als LeasinggeberInnen an den Betreiber bzw. LeasingnehmerInnen zu einem bestimmten Zinssatz bzw. zu einer bestimmten Leasingrate. Die einzelnen verkauften Anlagenteile müssen den einzelnen Käufern eindeutig zugeordnet werden können und das würde zum Beispiel bei Wind- oder Kleinwasserkraft-Projekten kaum realisierbar sein. Für den Verkauf der Module benötigt der Betreiber die Gewerbeberechtigung für das freie Gewerbe „Handel“. Am Ende der Laufzeit kauft der Betreiber die Module wieder zurück.



Die Mieteinnahmen der BürgerInnen sind grundsätzlich zu versteuern. Bei Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit ist ein steuerfreier Zuverdienst von max. € 730,- (Freibetrag) möglich (Stand 2012).

Der Betreiber übernimmt sämtliche Risiken und mögliche Haftungen, welche jedoch bei PV als gering eingeschätzt werden können. Der Abschluss einer Versicherung ist dennoch empfehlenswert.

Die Umsetzung gestaltet sich verhältnismäßig einfach und wird in einem SLB-Vertrag individuell festgelegt. Im Vertrag sollten jedenfalls Laufzeit, Höhe der Leasingrate, Ausstiegsmöglichkeiten/Rückkaufrecht festgelegt werden, sowie Regelungen zu Wartung, Versicherung, usw. getroffen werden. Die Ausgestaltung ist unbedingt von im Kapitalmarkt- und Gesellschaftsrecht erfahrenen Rechtsanwälten vorzunehmen.

Eigenschaften des SLB-Modells

- + flexible Gestaltung (in einem gewissen Rahmen)
- + geringer Verwaltungsaufwand
- + schnelle und einfache Umsetzung
- bei Modellen bisher kein Kapitalmarktprospekt notwendig (keine klare Stellungnahme der FMA)
- fixe Verzinsung
- möglicher Refinanzierungsbedarf (bei vorzeitiger Vertragsbeendigung)
- keine Mitgestaltungsmöglichkeit der BürgerInnen
- Risiko und Haftung bei Gemeinde (Versicherung)
- Gewerbeberechtigung nötig
- nicht geeignet für Windkraft- oder Kleinwasserkraftprojekte, da Einzelkomponenten kaum verkauft und vermietet werden können.

Beispiel: Photovoltaik-Kraftwerk Zwentendorf

Auf dem Gelände des ehemaligen Atomkraftwerks Zwentendorf wurde eine

*Die Sonne schickt uns
keine Rechnung.*

Franz Alt



"Simple Darlehensmodelle wären einfach umzusetzen. Im Sinne der Rechtssicherheit muss das Bankwesengesetz angepasst werden. Ein Ausnahmetatbestand für kleine Projekte würde das Problem lösen. Damit wären die Voraussetzungen geschaffen, um auch in jenen Gemeinden Projekte umzusetzen, die bisher durch die bestehende Rechtsunsicherheit abgeschreckt wurden."

Herbert Greisberger,
Geschäftsführer der Energie- und
Umweltagentur Niederösterreich

Links

- >> Energie- und Umweltagentur NÖ
- >> Sonnensparbuch Baden
- >> Photovoltaik-Kraftwerk Zwentendorf
- >> Regionale Energie Anlage (Bauhof Bregenz)
- >> Schremser Brauerei
- >> Waldviertler Werkstätten
- >> Bürgersolaranlage Freistadt Helios
- >> Bürgerbeteiligungsmodell Wegwartehof

Download

- >> ÖGUT-Studie BürgerInnenbeteiligungsmodelle für erneuerbare Energien
- >> Sonnenstrom in Bürgerhand, Sonnenstrom - Photovoltaik Plattform Ausgabe 2/12

bestehende Photovoltaikanlage um 250 kW (1.300 Paneele) erweitert und im Rahmen eines Bürgerbeteiligungsmodells finanziert. KundInnen konnten bis zu 10 Module zum Preis von 300,- Euro pro Stück erwerben und mit einer Verzinsung von 3,33 % wurden durchaus interessante Konditionen geboten. Die Auszahlung der Mieterträge erfolgt jährlich und nach 13 Jahren Laufzeit verkaufen die KundInnen ihre Module an die EVN und erhalten dafür den Restwert ausbezahlt. Eine weitere Anlage ist bereits in Planung.

2. Bankenmodell

Ein direktes Darlehen von BürgerInnen an den Betreiber ist aus rechtlichen Gründen ausgeschlossen, da gem. § 1 Abs 1 Z 1 Bankwesengesetz (BWG) die gewerbliche Entgegennahme fremder Gelder zur Verwaltung oder als Einlage ein konzessionspflichtiges Bankgeschäft darstellt. Aus diesem Grund liegt die Zusammenarbeit mit einem Bankinstitut nahe. Das Kreditinstitut legt ein Sparbuch mit Zweckbindung auf und die BürgerInnen leisten ihre Spareinlagen. Die Bank vergibt mit den Sparguthaben der BürgerInnen einen Kredit an den Betreiber für die Umsetzung der Anlage. Die BürgerInnen erhalten eine fixe Verzinsung über die Laufzeit des Sparbuches. Diese Verzinsung ist endbesteuert, die KEST von derzeit 25 % wird vom Kreditinstitut abgeführt.



Der Betreiber kann die Laufzeit und Verzinsung für die BürgerInnen in Abstimmung mit der Bank frei wählen. Der Zinssatz und vor allem Aufschlag für das gewährte Darlehen sind ebenfalls zwischen Bank und Betreiber zu verhandeln. Bsp.: Den BürgerInnen wird ein Sparbuch-Zinssatz von 3 % gewährt und die Bank gibt das Darlehen mit einem Aufschlag von 1 %, also mit 4 % Zinsen an den Betreiber weiter.

Eigenschaften des Banken-Modells

- + flexible Gestaltung bei Kooperationsbereitschaft der Bank
- + kein Kapitalmarktprospekt notwendig
- + schnelle und einfache Umsetzung
- + sehr geringer Verwaltungsaufwand für die Gemeinde
- + Einlagensicherung
- + für sämtliche Projekte geeignet
- zusätzliche Kosten durch den Zinsaufschlag der Bank
- kein Beteiligungsmodell im klassischen Sinn

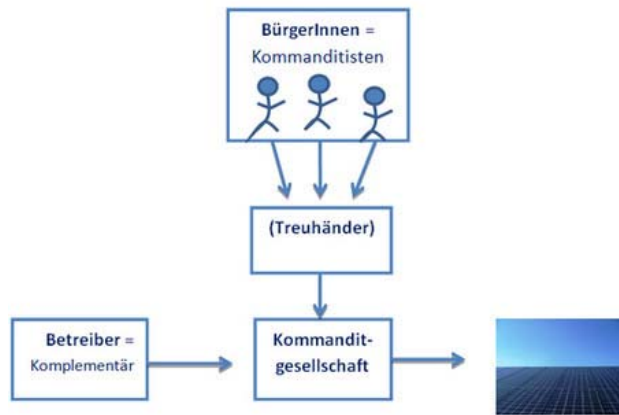
Beispiel: Badener Sonnensparbuch

2012 wurde in der Stadtgemeinde Baden bei Wien eine 60 kWp Anlage auf drei Wohnhausanlagen der Immobilien Baden GmbH errichtet und über ein Sparbuchmodell mit der Sparkasse Baden realisiert. Ausgeschüttet wurden 300 Sonnenbausteine im Wert von je 500,- Euro, wobei maximal 10 Bausteine pro Person ausgegeben wurden. Die Verzinsung lag vor KEST bei 3,5%. Die Laufzeit beträgt 10 Jahre und die Kapitalrückzahlung erfolgt am Ende der Laufzeit bzw. bei Sparbuchauflösung.

3. Kommanditgesellschaft (KG)

Eine KG ist eine Personengesellschaft, die für jeden erlaubten Zweck gegründet werden kann. Sie ist rechtsfähig, keine juristische Person und wird ins Firmenbuch eingetragen. Ein Mindestkapital ist nicht notwendig. Die Geschäftsführung sowie Vertretungsbefugnis nach außen obliegt im Regelfall den Komplementär(en).

Eine KG ist insbesondere bei komplexeren Projekten gut anwendbar und auch bei großen Investitionsbeträgen, wie meist bei Windkraft und Wasserkraft der Fall, gut geeignet. Es können sich sowohl natürliche als auch juristische Personen sowie andere Gesellschaften an der KG beteiligen. Wie auch andere Personengesellschaften ist die KG für eine überschaubare Anzahl von Gesellschaftern gut geeignet; bei sehr vielen Beteiligten kann ein Treuhänder zwischengeschaltet werden. Bei Publikumsgesellschaften müsste der Gesellschaftsvertrag jedes Mal geändert werden, wenn ein neuer Gesellschafter hinzukommt und laufende Firmenbucheinträge wären erforderlich. Mit einer Vollmachterteilung an einen Treuhänder lässt sich dies vermeiden.



Der Vertrag ist formfrei und kann genau an die individuellen Bedürfnisse angepasst werden. Der große Vorteil der KG ist die Zweiteilung in Komplementär (Gemeinde oder Betrieb) und Kommanditisten (BürgerInnen). Der Komplementär haftet unbeschränkt (deshalb Versicherung bzw. Einschränkung über GmbH & Co KG), die Kommanditisten haften jedoch nur mit der eingetragenen Haftsumme. Die BürgerInnen sind Gesellschafter und tragen das unternehmerische Risiko mit - eine fixe Verzinsung für die BürgerInnen ist somit nicht möglich.

Eigenschaften der KG

- + klassische Bürgerbeteiligung
- + flexible Innengestaltung
- + unternehmerische Beteiligung der BürgerInnen
- + Haftungsbeschränkung der BürgerInnen auf ihre Einlage
- möglicher Refinanzierungsbedarf bei Ausstieg aus der KG
- Haftungsrisiko bei der Gemeinde (Versicherung bzw. GmbH & CoKG)
- Umsetzung komplex + zeitintensiv
- Kapitalmarktprospekt notwendig (Ausnahme unter € 100.000,-, oder Angebot nur an unter 150 Personen, oder Mindeststückelung mit einem Mindestinvestitionsbetrag von € 100.000,-)

Das Thema finanzielle Beteiligungsmodelle ist sehr dynamisch und es gibt viele neue Entwicklungen und Projekte. Das öffentliche Interesse ist enorm, gleichzeitig gibt es durch das Vorgehen der Finanzmarktaufsicht gegen 2 Darlehensmodelle der Gemeinde Randegg und dem Waldviertler Betrieb GEA große Unsicherheit.



lebensministerium.at

partizipation.at ist eine Initiative des Lebensministeriums, betreut durch die ÖGUT.





Partizipation & nachhaltige Entwicklung in Europa

KOOPERATIVE ENERGIEWENDE



(Autorinnen: Sabine Säck da Silva, Kompetenznetzwerk Dezentrale Energietechnologien, und Beate Fischer, IdE Institut dezentrale Energietechnologien, beide D)

Als Energiewende wird die Realisierung einer nachhaltigen Energieversorgung in den Sektoren Strom, Wärme und Mobilität mit erneuerbaren Energien bezeichnet. Hierzu zählen Windenergie, Biomasse, Wasserkraft, Sonnenenergie, Geothermie und Meeresenergie, die als Alternativen zu fossilen Energieträgern und Atomenergie dienen sollen. Das bedeutet einen Paradigmenwechsel bei der Energieproduktion, und stellt neue Anforderungen an Energietransport und -speicherung. Die Energiewende kann nur als „Gemeinschaftswerk“ gelingen, so das Fazit der Ethik-Kommission „Sichere Energieversorgung“ im Jahr 2011 (deshalb auch „kooperative Energiewende“).

Der Übergang in ein Zeitalter der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien ist ein Prozess, der die gesamte Gesellschaft fordert. Er verlangt und ermöglicht die Partizipation, die Überzeugung, die Entscheidungen und vor allem das Tun vieler Menschen in den Parlamenten und Regierungen, in den Städten und Gemeinden, an den Universitäten, den Schulen, in den Unternehmen und Institutionen. Sie können ihren Energiebedarf senken, Investitionen in energiesparende und erneuerbare Energien tätigen. Vor allem aber können sie energiepolitische Maßnahmen politisch unterstützen, mittragen und vor allem: mitgestalten.

Im Gegensatz zu den konventionellen Energien sind erneuerbare Energien durch eine starke Dezentralität gekennzeichnet. Viele kleine Anlagen müssen sich über das ganze Land verteilen, um den zukünftigen Energiebedarf zu decken. Es kommt zu einer Verschiebung der Stromerzeugung von konventionellen Großkraftwerken in Besitz großer Konzerne hin zu einer großen Zahl an kleinen Stromproduktionsanlagen, die häufig in privatem oder gemeinschaftlichem Besitz sind. Dadurch und durch ihre Dezentralität können sie einen positiven Beitrag zu regionaler Wertschöpfung und zu lokaler Selbstbestimmung leisten, weshalb oft auch von einer Demokratisierung der Energieversorgung gesprochen wird.

Die Energiewende birgt aber auch zahlreiche Herausforderungen. Ein wichtiger Aspekt ist die Verteilung von Einnahmen, die durch Pacht und Betrieb der neuen Anlagen entstehen. Damit dies nicht nur wenigen Einzelnen zu Gute kommt - denn das führt schnell zu destruktiven Neiddebatten und einer sinkender Akzeptanz energiepolitischer Ziele - sind Modelle zu finden, die eine möglichst breite finanzielle aber auch nicht-finanzielle Partizipation der betroffenen BürgerInnen ermöglichen. In Deutschland wurden gute Erfahrungen mit gemeinschaftlichen Pachtmodellen und BürgerInnenenergieanlagen gesammelt.

Aber nicht nur Verteilungsfragen sind heikel. Gerade im Hinblick auf den erforderlichen Umbau der Netze, den Ausbau von Trassen, den Bau zahlreicher neuer Energieanlagen, die nun plötzlich „in die Nähe rücken“, sind oft massive Ängste um negative Auswirkungen auf Mensch und Umwelt sowie unerwünschte Veränderungen des Landschaftsbildes Stein des Anstoßes. Stichworte in der öffentlichen Auseinandersetzung sind die „Verspargelung“ und Industrialisierung der Landschaft.

Die formalen Planungsverfahren erweisen sich meist als ungenügend, um mit diesen Aspekten gut umzugehen, weil sie zu spät und zu wenig detailliert über die entsprechenden Sachverhalte informieren sowie die Gestaltungsspielräume kaum kenntlich machen. Um die Energiewende zu realisieren müssen vor allem (Beteiligungs-)Strukturen aufgebaut werden. Die Energiewende braucht die breite Einbindung der Bürgerschaft: die gemeinsame Erarbeitung von



„Die Energiewende in Deutschland ist eine Chance, kein Selbstläufer. Sie bietet lokalen Akteuren neuartige Gestaltungsspielräume, um die regionale Wirtschaft und den Umweltschutz gleichermaßen zu stärken. Diese Gestaltungsspielräume sollten auch für eine Demokratisierung der Energieversorgung genutzt werden.“

Beate Fischer, IdE Institut dezentrale Energietechnologien



„Mit klima:aktiv wurde eine wirkungsvolle Initiative ins Leben gerufen, die die wichtigsten Multiplikatoren für den sparsamen Einsatz von Energie und für erneuerbare Energieträger ins Boot holt. Gemeinsam mit ihnen zeigen wir, wie Klimaschutz konkret funktioniert. klima:aktiv ist ein neues Instrument der politischen Steuerung und eine innovative Form der Governance mit hohem Grad an Beteiligung.“

Martina Schuster, Leiterin der Abteilung Umweltökonomie und Energie, Lebensministerium

„Gegenteilig zu der sonst vorherrschenden Vorgehensweise eines Top-Down Förderansatzes, bei dem die ausschreibende Stelle fallweise auch sehr klar definierte Technologieansätze vorgibt, wird mit den Klima- und Energiemodellregionen ein anderer Ansatz verfolgt: Bottom-Up - die Regionen entwickeln selbst ihren eigenen Weg Richtung Senkung des Energieverbrauchs und Steigerung des Einsatzes von erneuerbarer Energie. Vorteile dieses Ansatzes sind die höhere Identifikation der Bevölkerung durch die hohe Partizipation, sowie die Möglichkeit der Fokussierung auf die Stärken der

Leitbildern, Konzepten und Szenarien, die Durchführung von Messen und Aktionstagen, die Bildung überparteilicher Arbeitsgruppen, die Gründung von Bürgerenergieanlagen und Genossenschaften. Nur so kann dieses große Transformationsprojekt wirklich kooperativ gelingen.

Klima:aktiv schafft Beteiligung

Autor: Stephan Fickl, klima:aktiv Management, Österreichische Energieagentur

Die Art und Weise, wie wir mit Energie und Mobilität umgehen, wird sich in den nächsten Jahrzehnten radikal ändern. klima:aktiv hat eine gut abgestimmte Aktivitätsspirale entwickelt, die alle AkteurInnen bei diesem Wandlungsprozess unterstützt. Das große Partnernetzwerk entwickelt Wissen für Standards und Qualität, die in die Aus- und Weiterbildung einfließen und das Beratungs- und Fördersystem verbessern. Bewusstseinsbildung und Information führen zu vermehrten Aktivitäten und geben so innovativen Wirtschaftspartnern neue Chancen.

Klimaschutz kann als isolierte politische Maßnahme nicht funktionieren. Um zur selbstverständlichen Praxis zu werden, muss Klimaschutz bei den Menschen ankommen und Beteiligung schaffen. Die Zusammenarbeit mit den Ländern, mit AkteurInnen der Privatwirtschaft, mit Organisationen und Verbänden ist dafür der zentrale Hebel.

Die Bundesländer und Gemeinden sowie gemeinnützige und öffentliche Organisationen sind auf verschiedensten Ebenen eng mit der Klimaschutzinitiative klima:aktiv verbunden. Die Zusammenarbeit reicht von gemeinsamen Klimaschutzprojekten über Wissensaustausch und gemeinsamer Schulung von ExpertInnen bis hin zur gemeinsamen Umsetzung einzelner klima:aktiv Programme.

Die klima:aktiv Partnerkoordination sorgt für die optimale Integration der Partner in die Klimaschutzinitiative. Über 300 Betriebe und Organisationen mit besonderem Engagement im Klimaschutz arbeiten direkt mit klima:aktiv zusammen. Die Art der Kooperation richtet sich nach den individuellen Potenzialen und Stärken der Partner. Betriebe und Organisationen qualifizieren sich durch herausragende Aktivitäten in einem oder mehreren der folgenden drei Bereiche als klima:aktiv Partner:

- **Klimaschutz-Know-how stärken**
In Zusammenarbeit mit führenden Technologie- und Dienstleistungsunternehmen werden Standards und das Wissen zu Energieeffizienz und Erneuerbaren Energieträgern ständig weiterentwickelt. Die Partner werden als ExpertInnen aktiv in den Prozess eingebunden und sorgen für eine marktgerechte Gestaltung und optimale Anwendbarkeit.
- **Klimaschutz sichtbar machen**
klima:aktiv Partner wenden klima:aktiv Standards in ihrer Geschäftstätigkeit an und sorgen damit für die Etablierung energieeffizienter Produkte und Prozesse am Markt. Die Palette reicht von klima:aktiv Gebäuden über Heizungsplanung, die Installation Erneuerbarer Energieträger und Mobilitätsmanagement.
- **klima:aktiv good practices als Leuchttürme im Klimaschutz**
klima:aktiv Partner werden durch die Umsetzung herausragender Klimaschutzprojekte zu Vorbildern für andere Betriebe und Organisationen. Die Umsetzung qualitätsgesicherter Maßnahmen im eigenen Bereich zeigt, was im Klimaschutz möglich ist und regt zur Nachahmung an.

klima:aktiv ist Plattform für alle Unternehmen, Organisationen und Institutionen, die sich im Klimaschutz engagieren und von der Kraft des nationalen Klimaschutznetzwerks profitieren möchten. Ob die Umsetzung von Klimaschutzprojekten, die Anwendung und Verbreitung von klima:aktiv Standards als Qualitätsgarantie gegenüber KundInnen und Mitgliedern oder die Beteiligung an der Erarbeitung von Fachwissen in einem der klima:aktiv Themenbereiche - jedeR kann mit klima:aktiv nach seinen Möglichkeiten einen Beitrag dazu leisten, Österreich klimafit zu machen!

klima:aktiv ist die Initiative des Lebensministeriums (Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft) für aktiven Klimaschutz und Teil der Österreichischen Klima- und Energiestrategie.

Klima- und Energiemodellregionen

Der Klima- und Energiefonds initiiert und unterstützt durch das Förderprogramm „Klima- und Energiemodellregionen“ Regionen, die sich zum Ziel gesetzt haben, von fossilen Energien unabhängig zu werden. Ziel ist es, regionale Ressourcen zu nutzen, den Energiebedarf mit einem klugen Mix aus der Produktion von erneuerbaren Energien, Maßnahmen zur Energieeffizienz und intelligenter Steuerung zu decken.

Die Klima- und Energiemodellregionen sind damit ein wesentliches Instrument, um das Ziel der Österreichischen Bundesregierung umzusetzen, bis 2050 Energieautarkie zu erreichen. Bereits die Ausarbeitung der Strategie dieses Programmes war Gegenstand eines Stakeholderprozess, aber auch im Programm Klima- und Energiemodellregionen selbst ist Beteiligung von Stakeholdern, der regionalen Wirtschaft, der Politik und der Bevölkerung einer von drei definierten Erfolgsfaktoren.

Über 1.100 der 2.354 Gemeinden Österreichs gehören bereits zu einer der mittlerweile 106 Klima- und Energiemodellregionen. In den Regionen werden gemeinsam mit wesentlichen AkteurInnen (Wirtschaft, Politik, Bevölkerung, Vereine etc.) Konzepte zur Umsetzung der Energiewende entwickelt. Den Modellregionen wird dabei ein RegionalmanagerIn zur Seite gestellt, der/die die Umsetzung der geplanten Maßnahmen vorantreibt, d.h. Projekte initiiert und koordiniert.

Region bezüglich der thematischen Ausrichtung. Als wichtiger Nebeneffekt steigt die Wertschöpfung in der Region, es werden neue Arbeitsplätze geschaffen und die Regionen mit neuem Leben erfüllt."

Ingmar Höbarth, Geschäftsführer des Klima- und Energiefonds



"Partizipation droht im Rahmen der Energiewende auf finanzielle Beteiligung reduziert zu werden, um die Akzeptanz bei Bürgerinnen und Bürgern zu erhöhen. Akzeptanzerhöhung ist aber nur eine Wirkung gelungener Partizipation unter vielen, wie beispielsweise qualitativ gute Planungs- und Umsetzungsergebnisse oder eine gestärkte Vertrauensbasis für weitere Projekte. Diese Wirkungen führen zu anderen Formen von Gestaltungskultur - und nicht nur bei der Energiewende."

Sabine Säck-da-Silva, deENet Kompetenznetzwerk dezentrale Energietechnologien

Links

- >> [klima:aktiv](#)
- >> [Serviceseite der Klima- und Energiemodellregionen](#)
- >> [Klimafonds](#)
- >> [Ethik-Kommission der deutschen Bundesregierung](#)
- >> [Kompass 100 %-Erneuerbare-Energie-Regionen](#)
- >> [Finanzielle Bürgerbeteiligung](#)



Praxisbeispiel Wolfhagen

- >> [Stadtwerke Wolfhagen](#)
- >> [Bürgerenergiegenossenschaft Wolfhagen](#)
- >> [Bürgerinitiative gegen Windkraft am Rödeser Berg](#)
- >> [Zukunftskonferenz Wolfhagen](#)

Film

- >> ["Der Wind des Wandels"](#) (Windpark Wolfhagen)

Nach einer ersten Phase der Struktur- und Konzeptentwicklung, werden nun ganz konkrete Maßnahmen, wie die Errichtung von PV-Anlagen, thermischen Solaranlagen oder modernen Holzheizungen in öffentlichen Gebäuden unterstützt. Dabei kommen auch Instrumente der finanziellen BürgerInnenbeteiligung zum Einsatz.

100 Prozent erneuerbare Energien für Wolfhagen

In Wolfhagen, einer Kommune in Hessen mit etwa 13.800 EinwohnerInnen, hat das Vorhaben der Energiewende die Stadtgesellschaft kräftig durcheinander gewirbelt.

Es begann 2003 mit Überlegungen zur Übernahme des Stromnetzes von einem großen Stromkonzern durch die Stadtwerke Wolfhagen. Die Sicherung von lokalen Arbeitsplätzen und eine bessere kommunale Steuerung der örtlichen Energieversorgung waren ausschlaggebende Motive. Nach der Übernahme wurde der Strombezug auf Strom aus österreichischen Wasserkraftwerken umgestellt. 2006 gründeten 37 interessierte BürgerInnen die Klimaoffensive Wolfhagen mit dem Ziel, konkrete Schritte zum Klimaschutz zu setzen.

2008 wurden unter Beteiligung von MitarbeiterInnen der Kommunalverwaltung und den Trägern der öffentlichen Belange (Fortwirtschaft, Umweltschutz, NGOs etc.) mögliche Standorte für Windenergie ausgewählt. Ein großer Konflikt entstand in der Kommune rund um die Benennung eines potenziellen Standorts für Windkraftanlagen. Eine BürgerInneninitiative formierte sich. Vor-Ort-Besichtigungen, Informationstermine und die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Erstellung des Bebauungsplans brachten keine Annäherung. Die Stadtwerke Wolfhagen dokumentierten die unterschiedlichen Positionen in dem Dokumentarfilm „Wind des Wandels“. Die öffentlichen Vorführungen des Films stießen auf großes Interesse in der Bevölkerung. Eine Zukunftskonferenz führte schließlich KritikerInnen und BefürworterInnen zusammen. Etwa 100 TeilnehmerInnen diskutierten über die zukünftige Energiepolitik in Wolfhagen. Auch die Windkraft-kritische BürgerInneninitiative brachte ihre Position ein, die Diskussion konnte versachlicht werden.

2012 wurde auch die BürgerEnergie-Genossenschaft Wolfhagen mit 264 Gründungsmitgliedern gegründet. Sie hält eine 25%ige Beteiligung an den Stadtwerken Wolfhagen und realisiert Projekte zur Steigerung der Energieeffizienz bei den Mitgliedern.

Das Ziel aller Aktionen ist es, Wolfhagen bis 2015 vollständig mit lokalem, erneuerbarem Strom zu versorgen.



Downloads

- >> [klima:aktiv Angebote](#)
- >> [klima:aktiv Jahresbericht 2012](#)
- >> [klima:aktiv pakt2020 Erste Bilanz](#)
- >> [Fact Sheet Klima- und Energiemodellregionen](#)
- >> [Warum ist Bürgerbeteiligung an der Energiewende erforderlich und wie kann die Beteiligung gestaltet werden?, Dunker, Ralf, eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft](#)
- >> [Direkte Demokratie - Motor oder Bremse für die Energiewende?, Löhle, Claudia, eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft](#)



lebensministerium.at

partizipation.at ist eine Initiative des Lebensministeriums, betreut durch die ÖGUT.

